

## Inhaltsverzeichnis

|           |  |    |
|-----------|--|----|
| L 23-2-01 | NRW braucht eine ökonomische Zeitenwende   | 2  |
| A 23-2-01 | Für eine verstärkte Gewinnung und Einbindung von Frauen in die politische Arbeit der FDP                 | 5  |
| A 23-2-02 | Taxonomie auf den Prüfstand, Unabhängigkeit und Resilienz stärken  | 7  |
| A 23-2-03 | Finanzierung der Frauenhäuser sicherstellen – Frauen vor häuslicher Gewalt schützen                      | 9  |
| A 23-2-04 | Frau Leben Freiheit  | 11 |
| A 23-2-05 | Schlank, günstig und informativ: Ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Zukunft.                        | 12 |
| A 23-2-06 | Heute schon an Morgen denken - für eine generationengerechte Finanzpolitik in NRW!                       | 14 |
| A 23-2-07 | Unternehmerische Souveränität und Vielfalt stärken: Verantwortungseigentum als neue Rechtsform einführen | 17 |

# 76. ordentlicher Landesparteitag der FDP Nordrhein-Westfalen am 21. Januar 2023 in Bielefeld

---

1 **Antragstitel: NRW braucht eine ökonomische Zeitenwende**

2  
3 **Antragsteller: Landesvorstand der FDP NRW**

---

4  
5 Der sicherheitspolitischen Zeitenwende des Ukraine-Krieges muss jetzt eine **ökonomische Zei-**  
6 **tenwende** in Deutschland und besonders in NRW folgen. Alle **Wachstums- und Standortpoten-**  
7 **tiale** müssen entfesselt werden.

8 Die Freien Demokraten in Nordrhein-Westfalen unterbreiten dazu konkrete Vorschläge:

- 9 • **Belastungen durch Steuern und Abgaben** müssen weiter gesenkt werden. Um hierfür  
10 die notwendigen finanziellen Spielräume zu schaffen, wollen wir unter anderem Sub-  
11 ventionen im nordrhein-westfälischen Haushalt konsequent kürzen und im Ideal kom-  
12 plett streichen oder vermeiden. Daneben wollen wir endlich wieder einen klaren finan-  
13 ziellen Fokus auf die Kernaufgaben legen, die Nordrhein-Westfalen in seiner föderalen  
14 Struktur zugewiesen bekommen hat. Alle weiteren Betätigungsfelder sind im Zuge ei-  
15 ner umfassenden Aufgabenprüfung kritisch zu evaluieren und gegebenenfalls einzu-  
16 stellen.
- 17 • Der **Ausbau von digitaler Infrastruktur und modernen Verkehrs- und Energienetzen**  
18 muss weiter vorangetrieben werden. Planungs- und Genehmigungsverfahren beim  
19 Ausbau Erneuerbarer Energien und für Infrastrukturprojekte müssen drastisch verkürzt  
20 werden. Ersatzneubauten, wie beispielsweise bei der Rahmedetalbrücke im Sauerland,  
21 sollen künftig keiner neuen Planfeststellung bedürfen. So zünden wir beim Ausbau der  
22 Erneuerbaren endlich den Turbo und stellen sicher, dass Infrastrukturmaßnahmen Er-  
23 folgs- statt Dauerprojekte werden.
- 24 • In der Energiepolitik ist eine schnelle Unabhängigkeit von russischem Gas unerlässlich.  
25 Um den in der Folge nötigen Umstellungsprozess so schnell und kostengünstig wie  
26 möglich zu gestalten, muss das Angebot konsequent verbreitert werden. Der **Ausbau**  
27 **Erneuerbarer Energien** reduziert die Abhängigkeit von Drittstaaten und muss daher  
28 massiv beschleunigt werden. Damit zusätzliche Wind- und Solaranlagen schnellstmög-  
29 lich einen Beitrag zur Energiesicherheit leisten können, müssen **Planungs- und Ge-**  
30 **nehmigungsverfahren** verkürzt werden. Da die Ausbaumöglichkeiten von Windkraft-  
31 und Freiflächen-Solaranlagen aber durch die hohe Besiedlungs- und Bevölkerungsdich-  
32 te in Nordrhein-Westfalen limitiert sind, muss die volle Bandbreite Erneuerbarer Ener-  
33 gien ausgeschöpft werden. Wir wollen die Potentiale von Biomasse aus Abfall- und  
34 Reststoffen, Wasserkraft, Geothermie und Wärme aus Grubenwässern und Grubengas  
35 gleichermaßen nutzen und bestmöglich heben.
- 36 • Um zu einer **Wasserstoffmodellregion zu werden**, braucht NRW jetzt den Aus- und  
37 Aufbau von Importstrukturen für Wasserstoff, der nicht von Anfang an, aber perspekti-  
38 visch grüner Wasserstoff sein muss. Für die Industrie in NRW müssen alle regulatori-  
39 schen Bedingungen so gesetzt werden, dass sie Anreize haben, auf Wasserstoff umzu-  
40 stellen, auch wenn es nicht von Anfang an "grüner" Wasserstoff ist.
- 41 • Neben Erneuerbaren Energien darf auch **Schiefergas** als Bestandteil eines Energiemixes  
42 nicht länger tabu sein. Es ist in keiner Weise konsequent, überteuertes Schiefergas aus  
43 der ganzen Welt nach Deutschland zu transportieren, aber sich einer hiesigen Förde-  
44 rung komplett zu verschließen.
- 45 • Nordrhein-Westfalen muss sich darüber hinaus auch an der Erforschung von Zukunfts-  
46 technologien wie der **Kernfusion** beteiligen. Energiesicherheit und eine preiswerte und  
47 zugleich umweltfreundliche Stromversorgung über diesen Winter hinaus erfordern  
48 auch eine weitere Nutzung der **Kernenergie** in Deutschland. Daher ist ein Weiterbe-  
49 trieb der drei bestehenden Kernkraftwerke über den 15. April 2023 hinaus notwendig.  
50 Gleichzeitig ist ein Stopp des Rückbaus der drei zum 31. Dezember 2021 abgeschalte-  
51 ten Kernkraftwerke und deren anschließende Wiederinbetriebnahme erforderlich.

## 76. ordentlicher Landesparteitag der FDP Nordrhein-Westfalen am 21. Januar 2023 in Bielefeld

---

- 52 • Die schwarz-grüne Koalition hat bei der **Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung**  
53 leider das falsche Signal gesetzt, indem sie das einst von der FDP durchgesetzte Digi-  
54 talministerium abgewickelt und die digitalpolitischen Kompetenzen wieder auf mehre-  
55 re Landesministerien aufgeteilt hat. Dies wird der Bedeutung der Digitalisierung auf  
56 dem Weg zu einem modernen und unkomplizierten Staat in keiner Weise gerecht. Dass  
57 in diesem Zusammenhang auch der Digitalausschuss des Landtages aufgelöst wurde,  
58 unterstreicht die falsche Prioritätensetzung.
- 59 • NRW braucht eine **Entbürokratisierungsoffensive**. Verkrustete und bürokratische  
60 Strukturen kosten die Bürgerinnen und Bürger nicht nur Nerven, sondern auch jährlich  
61 Millionen. Die Digitalisierung der Verwaltungen muss deswegen mit höchster Priorität  
62 vorangetrieben werden.
- 63 • Wir Freien Demokraten stehen als einzige politische Kraft glaubhaft für solide Finanzen  
64 im Einklang mit der **Schuldenbremse**. Die neue Landesregierung hat sich von Grundsatz  
65 "ohne neue Schulden" der letzten Jahre direkt weit entfernt. Die Zeiten ausgeglichener  
66 Landeshaushalte sind vorbei: Mit mehreren **Kehrtwenden bei der Haushaltsplanung**  
67 hat die Landesregierung von Hendrik Wüst für ein nie dagewesenes Chaos gesorgt und  
68 ohne Not neue Schulden in Milliardenhöhe aufgenommen. Es geht um die richtige Pri-  
69 orität: Christian Lindner sorgt in Berlin für das Einhalten der Schuldenbremse, hat sich  
70 aber für eine zusätzliche "Bildungsmilliarde" im Bundeshaushalt ausgesprochen. Die-  
71 sem Vorbild sollte Hendrik Wüst folgen: Konsequenter sparen, um den Spielraum für eine  
72 "**Innovationsmilliarde**" im Landeshaushalt zu gewinnen. Möglichkeiten zum Sparen  
73 gibt es dabei genug: Von unnötigen Landesbeteiligungen über die klare Fokussierung  
74 auf die durch die föderale Struktur vorgegebenen Kernaufgaben bis zur Kürzung der  
75 üppigen Haushaltsmittel für die PR-Arbeit der Landesregierung.
- 76 • Die **Steuerpolitik** ist Teil des Standortwettbewerbs. Damit NRW diesen Wettbewerb er-  
77 folgreich besteht, wollen wir die Wirtschaftskraft des Landes als Kraft der Erneuerung  
78 nutzen, für individuelle Zukunftschancen, nachhaltiges und generationengerechtes  
79 Wachstum und als Motor des Fortschritts. Das erfordert eine Finanzpolitik, die steuer-  
80 liche Belastungen für die Menschen und Betriebe im Land so gering wie möglich hält  
81 und, wo möglich, senkt. Nur so können in den Betrieben Innovationen vorangetrieben  
82 und neue innovative Unternehmen für den Standort gewonnen werden. Auch der Ent-  
83 fall des Solidaritätszuschlags für alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wäre dabei  
84 ein Faktor. Ansatzpunkte für Verbesserungen sehen wir nicht zuletzt bei der Erb-  
85 schaft- und Schenkungsteuer. Hier gilt es, die Zukunft der mittelständischen Unter-  
86 nehmen, die das Rückgrat unserer Wirtschaft sind, nicht zu gefährden. Insbesondere  
87 dürfen Unternehmensnachfolgen nicht an den Fallstricken des Steuerrechts scheitern.
- 88 • Primär sehen die Freien Demokraten zwei Hauptaufgaben: die radikale **Vereinfachung**  
89 **des Steuerrechts** und die **Reduzierung der Grenzbelastung für zusätzliches Einkom-**  
90 **men**.
- 91 • Eine radikale **Steuervereinfachung** kann aufkommensneutral stattfinden – durch An-  
92 wendung erheblicher Pauschalierungen sowie Abschaffung bzw. Befristung zahlreicher  
93 überholter Sonderregelungen bei der Einkommen- und Umsatzsteuer. Jede steuerliche  
94 Regelung, die angefasst wird, muss zu einer Vereinfachung für die Steuerzahler führen.
- 95 • Die **Reduzierung der Grenzbelastung** muss im Mittelpunkt aller Bemühungen zur Sen-  
96 kung von Steuern und Abgaben stehen. Indem wir die Belastung auf den nächsten verdien-  
97 tenden Euro reduzieren, leisten wir nicht nur einen Beitrag zur wirtschaftlichen Dyna-  
98 mik, sondern vor allem auch gegen den Fachkräftemangel. Denn nur so wird es gelin-  
99 gen, Anreize zu setzen – bei Empfängern von Sozialleistungen Anreize zur Arbeitsauf-  
100 nahme und bei Berufseinsteigern und allen anderen Anreize für ein Vorankommen  
101 durch eigene Leistung. Die FDP hält dazu an dem Ziel fest, ein Steuer- und Sozialsystem  
102 aus einem Guss zu schaffen und als ersten Schritt das Wohngeld in den Steuertarif ein-  
103 zubauen.

## 76. ordentlicher Landesparteitag der FDP Nordrhein-Westfalen am 21. Januar 2023 in Bielefeld

---

- 104 • Bei der **Grundsteuer** fordern wir eine Abkehr vom bürokratischen Scholz-Modell. Dies  
105 würde eine Befreiung von bürokratischen Lasten bedeuten, aber nicht zu Steuermin-  
106 dereinnahmen führen. Wir Freie Demokraten schlagen stattdessen ein flächenbasier-  
107 tes Grundsteuermodell vor, das in vergleichbarer Form in anderen Bundesländern  
108 längst Anwendung findet. Der mit den neu abgegebenen Grundsteuererklärungen ver-  
109 bundene Aufwand wäre nicht hinfällig; denn ein Großteil der erhobenen Daten würde  
110 auch für das flächenbasierte Grundsteuermodell benötigt.
- 111 • Wir werden uns bei der **Grunderwerbsteuer** weiterhin dafür einsetzen, dass auf Bun-  
112 desebene schnellstmöglich gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, die es den Län-  
113 dern und auch uns in NRW ermöglichen, den Erwerb von selbstgenutztem Wohneigen-  
114 tum durch den von uns seit langem angestrebten Freibetrag zu erleichtern. Für NRW  
115 setzen wir uns darüber hinaus auch weiterhin für eine spürbare Senkung des Steuer-  
116 satzes und damit für eine allgemeine Entlastung ein.
- 117 • Die ökonomische Zeitenwende ist ein guter Anlass, Sinn und Zweck der **Gewerbsteuer**  
118 grundsätzlich in Frage zu stellen. Langfristig sollte die Gewerbesteuer durch einen  
119 kommunalen Zuschlag mit eigenem Hebesatzrecht auf die Körperschaftsteuer und die  
120 auf die zuvor abgesenkte Einkommensteuer sowie einen höheren Anteil der Kommun-  
121 en an der Umsatzsteuer ersetzt werden.
- 122 • Neben den Energiepreisen stellt der **Fachkräftemangel** für viele Unternehmen die  
123 größte Herausforderung dar. Er stellt allerdings nicht nur ein Problem für Unterneh-  
124 men dar, sondern gefährdet auch die Erfüllung gesamtgesellschaftlicher Ziele wie Kli-  
125 maschutz, Pflege oder Kinderbetreuung. Die Gewinnung zusätzlicher Fachkräfte muss  
126 daher politikfeldübergreifend in den Blick genommen werden. In der Bildungspolitik  
127 benötigen wir insofern eine deutliche Stärkung und Aufwertung der beruflichen Bil-  
128 dung. Unsere Hochschulen müssen sich stärker internationalisieren und ihren Ressour-  
129 ceneinsatz anpassen, damit in den relevanten Fächern noch mehr junge Talente aus al-  
130 ler Welt in Nordrhein-Westfalen zu Fachkräften von Morgen ausgebildet werden. Zur  
131 Bekämpfung des Fachkräftemangels ist es aber auch wichtig, dass Menschen in ihrem  
132 Beruf verbleiben bzw. ihre Tätigkeit ausweiten. Dazu beitragen wird vor allem eine  
133 Steuerpolitik, die die Belastung für zusätzliches Einkommen (sowohl durch Steuern,  
134 aber auch durch Wegfall von Sozialleistungen) erheblich reduziert. In der Einwande-  
135 rungspolitik müssen wir qualifizierten Zuwanderern die Einreise nach und den Verbleib  
136 in Nordrhein-Westfalen deutlich erleichtern.

137 Nach einer langen Phase des Aufschwungs hat sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland fun-  
138 damental verändert. Jahrelang wurden viele politische Themen fast ausschließlich unter vertei-  
139 lungspolitischen Gesichtspunkten diskutiert, nun muss wieder die Stärkung des Wirtschafts-,  
140 Beschäftigungs- und Investitionsstandorts im Fokus stehen. Hierfür werden wir Freie Demokra-  
141 ten in Nordrhein-Westfalen eintreten, denn für uns ist klar: Nur durch eine wirtschaftspolitische  
142 Zeitenwende kann es gelingen, das Potential der Menschen in diesem Land besser noch zu akti-  
143 vieren und dazu beizutragen, dass die besten Tage noch vor uns liegen.

144

145 **Begründung:**

146

147 Erfolgt mündlich.

## Antrag A 23-2-01: Für eine verstärkte Gewinnung und Einbindung von Frauen in die politische Arbeit der FDP

|                |                                  |
|----------------|----------------------------------|
| Antragsteller: | BV Köln (LV Nordrhein-Westfalen) |
| Status:        | zugelassen                       |

### 1 Für eine verstärkte Gewinnung und Einbindung von Frauen in die 2 politische Arbeit der FDP

3 In der FDP sind Frauen nicht in der Stärke und Prominenz vertreten, wie dies  
4 politisch wünschenswert und demografisch angemessen wäre. Daher müssen weitere  
5 Anstrengungen unternommen werden, damit die FDP und die politische Arbeit in der FDP  
6 für Frauen interessanter und attraktiver werden. Dabei geht es sowohl darum, Frauen,  
7 die schon Mitglied der FDP sind, stärker zu motivieren, als auch darum, dass Frauen  
8 verstärkt Mitglied der FDP werden und es auch bleiben. Es soll ein Geist des  
9 Miteinanders entstehen, in dem alle von den Erfahrungen der anderen profitieren, so  
10 dass die Strukturen der FDP gestärkt werden und die Partei schlagkräftiger und  
11 erfolgreicher wird. Folgende konkrete Maßnahmen sollten ergriffen werden:

12 Weibliche Neumitglieder werden durch eine Frau aus dem Vorstand des Orts- oder  
13 Kreisverbandes angesprochen. Dabei ist zusätzlich auf die bestehenden Möglichkeiten  
14 und Angebote (Mentoring-Programme, Liberale Frauen, FNSt, THA, VLK) hinzuweisen und  
15 ihr eine Mentorin vor Ort zuzuweisen. Es sollten die jeweiligen Interessengebiete,  
16 Wünsche, Erwartungen und Vorstellungen politischer Arbeit erfragt werden. In den  
17 Kreisverbänden sollten regelmäßig Veranstaltungen für Frauen durchgeführt werden,  
18 damit Netzwerke geschaffen werden können. Bei allen Veranstaltungen sollen  
19 Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine Teilnahme angenehm machen bzw. auch  
20 manchen Frauen erst eine Teilnahme ermöglichen. So sollte der Veranstaltungsraum gut  
21 erreichbar sein, das Ambiente positiv, Wochentag und Uhrzeit mit Kindern und Familie  
22 vereinbar. Bei Parteitagen ab Kreis-/Bezirksebene sollte eine Kinderbetreuung  
23 angeboten werden. Reine Männerrunden sollen generell vermieden werden und eine Frau  
24 als Ansprechpartnerin anwesend sein. Die Außendarstellung wie z.B. auf Fotos oder in  
25 sozialen Medien sollte immer eine bunte Mischung unserer Mitglieder zeigen.

26 Vor Wahlen sollen Kandidatinnen immer aktiv und werbend angesprochen werden. Dabei  
27 sollen besonders neue Bewerber nicht durch eingefahrene Verhaltensweisen bei Wahlen  
28 benachteiligt werden. Ziel ist es, dass mindestens 25% der Mitglieder  
29 geschäftsführender Vorstände, bei den Beisitzern und bei den Delegierten Frauen sind.  
30 Zur Vermeidung von Verdrängungsprozessen können Vorstände entsprechend erweitert  
31 werden.

32 Bei weiteren Funktionen wie Tagungspräsidien, Kassenprüfern, Ombudspersonen,  
33 Vertrauensleuten, Eidesstattlichen Versicherern, Schiedsgericht, Satzungsausschuss  
34 und Antragskommission sollten beide Geschlechter vertreten sein. Langfristig sollten  
35 bei Listenaufstellungen Frauen mindestens anteilig zur Mitgliedschaft in der Reihung  
36 vertreten sein. Eine paritätische Listenaufstellung ohne Quote sollte das Ziel sein.

37 Um die Hemmschwelle weiter zu senken, sollten möglichst alle Sitzungen

38 parteiöffentlich gestaltet werden, sofern es der Satzung nicht widerspricht. Diese  
39 sollten weitgehend digital durchgeführt werden. Dass das möglich ist, hat die Zeit  
40 der Corona-Pandemie gezeigt. Parteitage und Veranstaltungen sollten, wenn möglich,  
41 auch im Livestream angeboten werden. Termine sollen den Mitgliedern z.B. durch eine  
42 Homepage bekannt gemacht werden. Eine langfristige Terminplanung hilft allen, Frauen  
43 wie Männern. Eine enge Verzahnung mit der Arbeit der Mandatsträger auf kommunaler  
44 Ebene ist wünschenswert. Die oben genannten Ziele sollen alle zwei Jahre auf ihre  
45 Umsetzung überprüft und ggf. angepasst werden.

# Antrag A 23-2-02: Taxonomie auf den Prüfstand, Unabhängigkeit und Resilienz stärken

|                |                                  |
|----------------|----------------------------------|
| Antragsteller: | KV Bonn (LV Nordrhein-Westfalen) |
| Status:        | zugelassen                       |

## 1 Taxonomie auf den Prüfstand, Unabhängigkeit und Resilienz 2 stärken

3 Die EU-Taxonomie hat sich als effizientes Transparenzinstrument für  
4 Finanzmarktakteure erwiesen. Bei den Bemühungen der Europäischen Union für  
5 eine nachhaltige Finanzwirtschaft müssen neben Aspekten der ökologischen  
6 Nachhaltigkeit, Klimapolitik und ökologischen Verantwortung auch die Sicherung  
7 unseres europäischen Wohlstandes, des Wachstums und der wirtschaftlichen  
8 Stärke Europas berücksichtigt werden.

9 Die FDP Bonn fordert, die EU-Regelungen zur Lenkung von Finanzströmen in  
10 nachhaltige Unternehmen dahingehend zu überprüfen. Zu einer nachhaltigen  
11 Wirtschaftspolitik gehören unter den Aspekten einer zumindest teilweisen  
12 Eigenständigkeit und Resilienz eine eigene Energieversorgung ebenso wie eine  
13 eigene Nahrungsmittelversorgung und Möglichkeiten der Industrieproduktion in  
14 einer international arbeitsteiligen Ökonomie.

15 Es ist wichtig, dass der Taxonomie-Ansatz der EU dem Anspruch einer nachhaltigen  
16 und resilienten Wirtschaftspolitik gerecht wird. Deren Bedeutung wird vor dem  
17 Hintergrund der noch völlig unvorhersehbaren Konsequenzen aus dem Krieg in der  
18 Ukraine noch einmal verstärkt. Dass die EU-Bürokratie die wirtschaftlichen  
19 Sektoren und Unternehmen nach moralischen Maßstäben beurteilt muss  
20 ausgeschlossen werden. Angesichts der teilweise sehr grundsätzlichen und  
21 politischen Bedeutung der behandelten Aspekte ist eine angemessene Beteiligung  
22 und Einflussmöglichkeit der Mitgliedsstaaten und des Europäischen Parlaments  
23 vor Abschluss künftiger delegierter Rechtsakte wünschenswert.

## Begründung

Mit der EU-Verordnung 2020/852 sollen Finanzströme in nachhaltige Unternehmen gelenkt werden. Dies betrifft sowohl den Zugang zu Eigenkapital (z.B. über Investmentfonds) als auch den Zugang zum Kreditmarkt (v.a. über Banken). Nicht als nachhaltig klassifizierten Unternehmen und Sektoren wird so der Zugang zu Kapital erschwert.

Beispielsweise soll Erdgas entsprechend einer ergänzenden „delegierten Verordnung“ (2021/2139) der EU-Kommission als nachhaltig gelten.

Das EU-Taxonomiesystem teilt die Wirtschaft in ökologisch und moralisch gute und schlechte Unternehmen und Sektoren ein. Der Ukraine-Krieg offenbart, wie problematisch beispielsweise die Abhängigkeit von russischem Erdgas ist. Es ist wichtig, über diversifizierte Versorgungsstrukturen und zumindest teilweise eigene Industrien zu verfügen. Diese Resilienz ist ebenfalls eine Frage der Nachhaltigkeit – die im übrigen in unterschiedlichen Ländern zu unterschiedlichen Antworten führt.

Der Nachhaltigkeitsbegriff, der der EU-Taxonomie zu Grunde liegt, eignet sich weder dafür durch

Verwaltungsakte ausgefüllt zu werden, noch eignet er sich in dieser Form als Grundlage von Kreditentscheidungen.



## Antrag A 23-2-03: Finanzierung der Frauenhäuser sicherstellen – Frauen vor häuslicher Gewalt schützen

|                |   |
|----------------|---|
| Antragsteller: | Libérale Frauen NW (LV Nordrhein-Westfalen) |
| Status:        | zugelassen                                  |

### 1 Finanzierung der Frauenhäuser sicherstellen – Frauen vor 2 häuslicher Gewalt schützen

3 Die Landesregierung wird aufgefordert, Unterstützungsmaßnahmen bei der Beantragung  
4 von Fördergeldern aus dem Bundesinvestitionsprogramm „Gewalt gegen Frauen“ aktiv  
5 anzubieten und diese den betreffenden Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

6 Die Frauenhäuser in NRW und deren Organisationen sind auf dieses Programm aktiv  
7 hinzuweisen und durch eine Anlaufstelle im zuständigen Ministerium bei der  
8 Antragstellung von Fördermitteln aus dem Bundesprogramm zu unterstützen. Es ist  
9 darauf hinzuwirken, Hürden und Bürokratie bei der Antragstellung zu reduzieren und  
10 die Verfahren zu vereinfachen.

11 Die FDP NRW setzt sich dafür ein, dass der bundeseinheitliche Rechtsrahmen für eine  
12 verlässliche Finanzierung von Frauenhäusern, wie im Koalitionsvertrag von SPD,  
13 Bündnis 90/Die Grünen und FDP vereinbart, zügig umgesetzt wird.

14 Die FDP NRW setzt sich dafür ein, dass Frauen, die nicht sozialeleistungsberechtigt  
15 sind, aber ein Frauenhaus aufsuchen müssen und keinen Zugang zu finanziellen Mitteln  
16 haben, nicht selbst für ihre Unterkunft im Frauenhaus aufkommen müssen.

17 Die FDP NRW setzt sich dafür ein, dass für Kinder, die sich mit ihren Müttern in  
18 Frauenhäusern aufhalten, ausreichend Erzieher/innenstellen vorhanden sind, damit eine  
19 Betreuung für die Kinder zur Verfügung sichergestellt ist.

20 Die FDP NRW setzt sich dafür ein, dass die Anzahl der Schutzplätze sich nach dem  
21 tatsächlichen Bedarf, richtet, wobei die Zahlen der Istanbul-Konvention als Richtwert  
22 zu sehen sind.

### Begründung

Die Finanzierung der Frauenhäuser ist aus verfassungsrechtlichen Gründen Ländersache. Dennoch gibt es die Möglichkeit durch Bundesförderprogramme Investitionen zu unterstützen. Die Einrichtungen werden zum Teil auch mit freiwilligen Leistungen der Kommunen finanziert, die, je nach Kassenlage, auch wegfallen können. Dieses ist unter anderem ein Grund für die unsichere Finanzierung dieser wichtigen und leider auch notwendigen Einrichtungen.

Im Rahmen des Bundesinvestitionsprogramms wurden für den Aus-, Um- und Neubau sowie Sanierungen bestehender Frauenhäuser in 2020 und 2021 bundesweit insgesamt ca. 5,4 Millionen Euro abgerufen. In NRW wurden im gleichen Zeitraum nur ca. 320.000 Euro abgerufen. \*1

Die Zahl der Opfer häuslicher Gewalt ist in den vergangenen Jahren gestiegen. In Nordrhein-Westfalen allein wurden im Jahr 2021 insgesamt 30.759 Fälle häuslicher Gewalt erfasst, ein Anstieg um 5,5% im Vergleich zum Vorjahr. Es ist anzunehmen, dass die Zahlen wesentlich höher liegen, es ist von einer Dunkelziffer von mindestens 80% auszugehen. \*2

Alle 22 Minuten berät das bundesweite Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ wegen häuslicher Gewalt. Vier von fünf Opfern sind weiblich. Häusliche Gewalt hat viele Gesichter: körperliche Gewalt, sexuelle Gewalt, psychische Gewalt, soziale Gewalt, ökonomische Gewalt und Belästigung und Nachstellung.

Die betroffenen Frauen nehmen ihre Kinder mit in die Einrichtungen, da diese nicht nicht in der gewaltvollen häuslichen Umgebung verbleiben können. Sie sind oftmals traumatisiert und bedürfen ebenso einer fachlich kompetenten Betreuung. Dies gilt es sicherzustellen.

Aktuell gibt es 376 Frauenhäuser mit 6.800 Plätzen in Deutschland. Laut den Empfehlungen der Istanbul-Konvention müsste es ungefähr 21.000 Plätze geben. \*3 Diese tritt im Februar 2023 uneingeschränkt in Kraft.

Sorgen wir für eine verlässliche Finanzierung.

Sorgen wir dafür, dass wir uns an das halten, was wir als Vertragspartner unterzeichnet haben.

Quellen: 1 Deutscher Bundestag – Drucksache 20/3750

2 Polizeiliche Kriminalstatistik

3 Frauenkoordinierungsstelle Berlin

## Antrag A 23-2-04: Frau Leben Freiheit

|                |   |
|----------------|---|
| Antragsteller: | Liberale Frauen NW (LV Nordrhein-Westfalen) |
| Status:        | zugelassen                                  |

### 1 Frau Leben Freiheit

- 2 Große Teile des iranischen Volkes protestieren seit dem tragischen Tod von Jina Mahsa  
3 Amini im September gegen die massiven Repressionen der iranischen Regierung.  
4 Mutige Frauen und Männer demonstrieren unter Eingehen persönlicher Gefahren für für  
5 uns so selbstverständliche Rechte, das Recht auf freie Meinungsäußerung, Menschen –  
6 und Minderheitenrechte, besonders aber für die Selbstbestimmungsrechte von Frauen.  
7 Die Antworten der iranischen Regierung sind nicht Austausch, Dialog, Diskussion –  
8 Nein, Repression, Einsatz von militärischen Mitteln, Unterdrückung, Tötung auch von  
9 Jugendlichen und Kindern.  
10 Nichts ist falsch daran, seine eigene Meinung zu sagen, sich dagegen zu wehren, dass  
11 zum Beispiel lebensferne Kleidungs Vorschriften mit Gewalt durchgesetzt werden und das  
12 Recht auf Selbstbestimmung einzufordern.  
13 Wir unterstützen die mutigen Bürgerinnen und Bürger im Iran, setzen uns durch  
14 publizistische Aktivitäten, Aktionen auf allen social media Kanälen und Appellen an  
15 politische und diplomatische Akteure für die Unterstützung der Betroffenen ein.  
16 Wir fordern, dass die internationalen Sanktionen gegen das Regime der Mullahs  
17 ausgeweitet und umgesetzt werden. Dazu gehört auch das „Einfrieren“ aller Konten von  
18 Regimeangehörigen.  
19 Alle wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Iran müssen auf den Prüfstand gestellt und  
20 im Zweifelsfalle beendet werden.  
21 Das „Mullah-Regime“ muss isoliert und geächtet werden, da in seinem Namen laufend  
22 Menschenrechtsverletzungen begangen werden und die repressiven Maßnahmen gegen die  
23 eigene Bevölkerung zunehmen und grausamer werden.

### Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag A 23-2-05: Schlank, günstig und informativ: Ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Zukunft.

|                |  |
|----------------|--|
| Antragsteller: | Junge Liberale NW (LV Nordrhein-Westfalen) |
| Status:        | zugelassen                                 |

### 1 Schlank, günstig und informativ: Ein öffentlich-rechtlicher 2 Rundfunk mit Zukunft.

3 Ein unabhängiger, sich auf seine Kernaufgaben konzentrierender öffentlich-rechtlicher  
4 Rundfunk ist ein wichtiger Bestandteil unserer Demokratie. Grundlegende Aufgabe des  
5 Rundfunks ist dabei die Erfüllung seines Informationsauftrags. Als Freie Demokraten  
6 Nordrhein-Westfalen begrüßen wir vor diesem Hintergrund einen ÖRR, der seinen  
7 Bildungsauftrag in den Mittelpunkt stellt. Zwischen verfassungsmäßigen Auftrag und  
8 Realität liegen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk jedoch Welten. Mit 8,4  
9 Milliarden Euro ist der deutsche ÖRR der teuerste der Welt. Teure Unterhaltungsshow,  
10 73 Hörfunkwellen und 23 TV-Programme mit sich teils im Programm überschneidenden  
11 Inhalten zeigen eine üppige Expansion, die dem eigentlichen Auftrag nicht mehr  
12 gerecht wird. Skandale, wie zuletzt bei NDR und RBB, verschlechtern darüber hinaus  
13 die Akzeptanz der ÖRR in der Bevölkerung. Als FDP NRW sehen wir in einer Reform des  
14 ÖRRs auf der einen Seite große Notwendigkeit, auf der anderen große Chancen, die  
15 Legitimität und Qualität des Rundfunks wieder zu stärken.

- 16 • In einem ersten Schritt fordern wir deswegen die Privatisierung von großen  
17 Teilen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. ARD und ZDF wollen wir dazu  
18 fusionieren. Weiterhin ausgenommen von der Privatisierung sind  
19 *Phoenix*  
20 und  
21 *Deutschlandradio*  
22 als Rundfunkanstalten für politische Bildung und  
23 *Deutsche Welle*  
24 als Auslandssender sowie deren nachgeordnete Institutionen.
- 25 • Die zunehmende Betätigung in Onlineformaten ist auf ein notwendiges Minimum für  
26 den Informationsauftrag zu begrenzen.
- 27 • Im Zuge der Privatisierung sollen die Verwaltungseinheiten der Finanzkommission,  
28 ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice und Rundfunkgebührenbeauftragter  
29 abgeschafft werden.
- 30 • Lizenzen für Großsportveranstaltung sind nicht nur teuer, sondern stehen in  
31 ihrer Durchführung teilweise konträr zu unseren Grundüberzeugungen einer  
32 freiheitlich liberalen Grundordnung. Insbesondere die WM in Katar hat eine  
33 breite Diskussion im Hinblick auf die Finanzierung durch die Steuerzahler nach  
sich gezogen. In Zukunft soll der öffentlich-rechtliche Rundfunk deswegen nicht  
mehr dazu verpflichtet sein, Lizenzen für eben jene Großereignisse erwerben zu  
müssen. Dazu wollen wir die im Medienstaatsvertrag vorgesehene Verpflichtung zum  
Erwerb von Lizenzen für Großereignisse streichen.

34 Durch die sinnvolle Zusammenführung unterschiedlichster Formate und Sparten wollen  
35 wir den Rundfunkbeitrag kurz- und mittelfristig halbieren. Langfristig ist unser  
36 Ziel, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht mehr über Gebühren, sondern  
37 ausschließlich über den Bundeshaushalt zu finanzieren. Dazu wollen wir die  
38 Zuständigkeit für den ÖRR auf den Bund übertragen. Gesetze, welche den öffentlich-  
39 rechtlichen betreffen, sollen dennoch zustimmungsbedürftig bleiben.

40 Neben einer Verschlankung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind Transparenz und  
41 politische Neutralität ein Gewinn für den vorgegebenen Bildungsauftrag. Dass der ÖRR  
42 häufig vor allem dann im Fokus steht, wenn politisch tendenziöse Berichterstattung  
43 auf den Weg gebracht wird oder die opulente Saläre von Intendanten diskutiert werden,  
44 steht einem starken, anerkannten und unabhängigen Rundfunk im Weg. Konkret fordern  
45 wir deswegen:

- 46 • Der Rundfunkrat darf zukünftig nicht mehr aus Politikern und Vertretern von  
47 bestimmten Institutionen, wie der Kirche, bestehen, sondern soll, ähnlich wie  
48 bei der Sozialwahl, von den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern direkt  
49 gewählt werden.
- 50 • Erhebliches Einsparpotenzial erkennen wir außerdem in den ungewöhnlich hohen  
51 Gehältern innerhalb des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Diese sind auf ein Maß  
52 zu reduzieren, dass außerhalb des ÖRR normalerweise gezahlt wird. Für die  
53 unterschiedlichen Mitarbeiterprofile sind hierfür Bereiche zu definieren, in  
54 denen sich das Gehalt bewegen darf. Daneben braucht es eine angemessenere  
55 Vergütung der Intendantengehälter. Der vernünftige Umgang mit dem Geld der  
56 Beitragszahler gebietet dabei eine Gehaltsobergrenze bei B9.
- 57 • Auch die bisherige Praxis der ausgezahlten Ruhegelder und insbesondere ihre Höhe  
58 sehen wir kritisch. Im gesamten öffentlich-rechtlichen Rundfunk sollen  
59 entsprechende Vereinbarungen einer Prüfung unterzogen werden, um das  
60 Gesamtausmaß der Auszahlungen bestimmen zu können. In Zukunft sind ähnlich hohe  
61 Ruhegelder insbesondere nach kurzer Arbeitsdauer für uns inakzeptabel. Hier muss  
62 es entsprechende Anpassungen geben. Außerdem soll darauf hingewirkt werden,  
63 bereits bestehende Vereinbarungen zu Ruhegeldern in ihrem Umfang zu reduzieren,  
64 um so die Glaubwürdigkeit des ÖRR wieder zu steigern.

## Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag A 23-2-06: Heute schon an Morgen denken - für eine generationengerechte Finanzpolitik in NRW!

|                |  |
|----------------|--|
| Antragsteller: | Junge Liberale NW (LV Nordrhein-Westfalen) |
| Status:        | zugelassen                                 |

### 1 **Heute schon an Morgen denken - für eine generationengerechte** 2 **Finanzpolitik in NRW!**

3 Zentrale Aufgabe der Politik ist es, vorausschauend zu handeln und in der Gegenwart  
4 die Rahmenbedingungen für eine faire und nachhaltige Zukunft zu schaffen. Neben  
5 klugen Investitionen in die Zukunft ist ein handlungsfähiger Staat zentrale  
6 Voraussetzung für eine Politik, die die freie Entfaltung jedes Einzelnen in den  
7 Mittelpunkt stellt. Klar ist für uns aus diesem Grund: Eine Politik, die Aufgaben und  
8 Probleme immer nur durch die Aufnahme neuer Schulden verwirklicht, setzt die  
9 staatliche Handlungsfähigkeit und damit ebenso die finanzielle Selbstbestimmung  
10 künftiger Generationen aufs Spiel. Mit der beschlossenen Aussetzung der  
11 Schuldenbremse hat die schwarz-grüne Landesregierung bereits nach wenigen Monaten in  
12 Regierungsverantwortung einen finanzpolitischen Scherbenhaufen hinterlassen. Mit dem  
13 verfassungsmäßig bedenklichen Ausrufen der finanziellen Notlage in Nordrhein-  
14 Westfalen werden künftige Generationen mit fünf Milliarden Euro an weiteren Schulden  
15 belastet.

16 Als Freie Demokraten NRW wollen wir einen anderen Weg einschlagen. Wir sind  
17 überzeugt: Die aktuellen Herausforderungen können wir mit einer klugen und  
18 priorisierenden Haushaltspolitik entgegnen und dabei gleichzeitig die legitimen  
19 Interessen künftiger Generationen wahren. Vor dem Hintergrund einer  
20 generationengerechten Finanzpolitik ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, alles  
21 Mögliche zu tun, bevor neue Schulden aufgenommen werden. Den aktuellen Haushalt  
22 wollen wir deswegen einer Generalprüfung unterziehen:

- 23 • Nordrhein-Westfalen soll sich zukünftig auf seine in unserer föderalen Struktur  
24 zugewiesenen Kernaufgaben konzentrieren. Dazu zählen vor allem Bildung, Justiz  
25 und Innere Sicherheit. Alle weiteren Betätigungsfelder sind im Zuge einer  
26 umfassenden Aufgabenprüfung kritisch zu evaluieren und gegebenenfalls  
27 einzustellen.
- 28 • Tätigkeiten außerhalb der Kernaufgaben, die weiterhin sichergestellt werden  
29 sollen, müssen im Hinblick auf die ausführende Ebene kritisch überprüft werden.  
30 Wenn eine andere Ebene als das Land die aufgeführte Aufgabe besser leisten kann,  
31 soll die Kompetenz zur Ausführung mittelfristig an diese Ebene übertragen  
32 werden.
- 33 • Verkrustete und bürokratische Strukturen innerhalb unserer Landesverwaltung und  
34 -behörden kosten den Steuerzahler jährlich Millionen. Wir fordern, dass bis zum  
35 Ende der aktuellen Legislaturperiode die Digitalisierung der Verwaltung mit  
36 höchster Priorität vorangetrieben wird.
- 37 • Das Land Nordrhein-Westfalen muss aus unnötigen Landesbeteiligungen aussteigen.

- 38 Insbesondere Beteiligungen am Flughafen Köln/Bonn, der Koelnmesse GmbH, Messe  
39 Düsseldorf GmbH, Film- und Medienstiftung NRW, dem Landesforst und Beteiligungen  
40 im Bereich der Beschäftigungs-, Kultur- und Wirtschaftsförderung würden für eine  
41 solche Veräußerung infragekommen.
- 42 • Subventionen im nordrhein-westfälischen Haushalt müssen konsequent gekürzt und  
43 im Idealfall ganz gestrichen oder vermieden werden.
  - 44 • Eine Erhöhung der Haushaltsmittel für die PR-Arbeit von Staatskanzlei und  
45 Ministerien lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir die Haushaltsansätze für die  
46 Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung um 25 Prozent kürzen.
  - 47 • Zu viele Beamtenstellen belasten unsere öffentlichen Haushalte. Zukünftig wollen  
48 wir deswegen klarer definieren, in welchen Sektoren wir Landesbeschäftigte  
49 weiterhin für notwendig halten. Langfristig halten wir dabei die Verbeamtung für  
50 Angehörige der Polizei, Justiz, Berufsfeuerwehr und höheren Verwaltung sowie  
51 Finanzverwaltung für gerechtfertigt. Für die Verbeamtung von kommunalen Beamten  
52 wollen wir schnellstmöglich einen konkreten Plan entwickeln, wie die Verbeamtung  
53 abgeschafft werden kann.
  - 54 • Im Zuge dessen plädieren wir ebenso für eine Nutzung der Länderöffnungsklausel  
55 bei der Grundsteuer. Das angestrebte Scholz-Modell führt in Nordrhein-Westfalen  
56 zu einem erheblichen Personalaufbau mit teuren Konsequenzen für die  
57 Steuerzahler.
- 58 Das mittel- und langfristige Ziel vor dem Hintergrund der finanziellen  
59 Generationengerechtigkeit muss der Schuldenabbau sein. Als FDP NRW fordern wir  
60 deswegen, dass dem Landtag kurzfristig ein entsprechender Tilgungsplan vorgelegt  
61 wird.
- 62 Über die konkreten Einsparungsmaßnahmen im aktuellen Haushalt hinaus sehen wir großen  
63 Bedarf für einen politischen Ordnungsrahmen, der im Hinblick auf Finanzpolitik  
64 Transparenz und Verantwortungsbewusstsein für den Umgang mit öffentlichen Geldern  
65 schafft. Konkret fordern wir als Freie Demokraten NRW:
- 66 • Wir streben ein Umdenken bei der Fördertopf-Politik für Kommunen an. Statt  
67 Kommunen und Verwaltungen mit hunderten von Förderprogrammen zu überfordern und  
68 gleichzeitig den Aufbau von kostspieligen Verwaltungsstellen fördern, streben  
69 wir eine grundlegende Neuausrichtung der Finanzierung von Kommunen an. Den  
70 Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer wollen wir deswegen auf 2,2 Prozent  
71 erhöhen.
  - 72 • Darüber hinaus fordern wir die Einführung kommunaler Schuldenbremsen. Dieses  
73 Neuverschuldungsverbot soll in den Gemeinde- und Kreisordnungen festgehalten  
74 werden. So dürfen die Kommunen nur mit einer  Genehmigung des entsprechenden  
75 Rates und der Zustimmung des zuständigen Ministeriums, in wirtschaftlichen  
76 Notlagen, bei Naturkatastrophen, oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich  
77 der Kontrolle des Staates entziehen, neue Schulden aufnehmen. Die versteckten  
78 Schulden, die den NRW-Kommunen durch die Bilanzierungshilfen des Landes  
79 aufgezwungen lehnen wir ab. Wir fordern deshalb die Abschaffung des NKF-COVID-  
80 19-Isolierungsgesetz (NKF-CIG).
  - 81 • Die Erstellung eines Begleitberichts "Generationengerechte Finanzen".  
82 Fehlentscheidungen zu Lasten der kommenden Generationen sollen so transparent

- 83 sichtbar gemacht werden.
- 84 • Für neue und bestehende strukturelle und langfristige Subventionen soll eine  
85 Sunset-Klausel gelten, mit der jede Subvention regelmäßig auf den Prüfstand  
86 kommt und vom zuständigen Gremium erneut beschlossen werden muss. Selbige  
87 Sunset-Klausel fordern wir für die Einführung neuer Steuern.
- 88 • Jedes Gesetzesvorhaben soll mit einer Folgenabschätzung für die finanzielle  
89 Belastung zukünftiger Generationen versehen werden.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.



# Antrag A 23-2-07: Unternehmerische Souveränität und Vielfalt stärken: Verantwortungseigentum als neue Rechtsform einführen

|                |  |
|----------------|--|
| Antragsteller: | LFA 03 New Work, berufliche und akademische (Weiter)bildung und sozialer Aufstieg (LV Nordrhein-Westfalen) |
| Status:        | zugelassen   |

## 1 **Unternehmerische Souveränität und Vielfalt stärken:** 2 **Verantwortungseigentum als neue Rechtsform einführen**

3 Als Freie Demokraten sind wir Fürsprecher und Unterstützer all jener, die sich im  
4 unternehmerischen Handeln den Herausforderungen unserer Zeit stellen. Wettbewerb und  
5 Souveränität unternehmerischer Entscheidungen begreifen wir als Treiber einer  
6 zukunftsfähigen Wirtschaft und gesellschaftlichen Wohlstands. Eine moderne, liberale  
7 Unternehmenskultur setzt dabei auf Pluralität und auf unterschiedliche Modelle, die  
8 die unternehmerische Gestaltungsfreiheit stärken. Zu dieser Pluralität, die  
9 unterschiedliche Ansätze unternehmerischer Tätigkeit respektiert, gehört das  
10 sogenannte „Verantwortungseigentum“, welches die unternehmerische Tätigkeit mit einem  
11 dauerhaften Verbleib der Gewinne im Unternehmen verbindet und es Unternehmen  
12 ermöglicht, langfristig unabhängig zu bleiben.

13 Die regierungstragenden Parteien der Ampel haben sich in ihrem Koalitionsvertrag zu  
14 einer modernen Unternehmenskultur bekannt und vereinbart, für Unternehmen mit  
15 gebundenem Vermögen eine Rechtsgrundlage zu schaffen: „„Zu einer modernen  
16 Unternehmenskultur gehören auch neue Formen wie Sozialunternehmen oder Gesellschaften  
17 mit gebundenem Vermögen. Wir erarbeiten eine nationale Strategie für  
18 Sozialunternehmen, um gemeinwohlorientierte Unternehmen und soziale Innovationen  
19 stärker zu unterstützen. Wir verbessern die rechtlichen Rahmenbedingungen für  
20 gemeinwohlorientiertes Wirtschaften, wie zum Beispiel für Genossenschaften,  
21 Sozialunternehmen, Integrationsunternehmen. Für Unternehmen mit gebundenem Vermögen  
22 wollen wir eine neue geeignete Rechtsgrundlage schaffen, die Steuersparkonstruktionen  
23 ausschließt. Hemmnisse beim Zugang zu Finanzierung und Förderung bauen wir ab.“  
24 [Koalitionsvertrag, Seite 30]

25 **Die FDP NRW setzt sich, auch gegenüber dem Bundesminister für Justiz, dafür ein, die**  
26 **Rechtsgrundlage für Unternehmen mit gebundenem Vermögen im Jahr 2023 auf den Weg zu**  
27 **bringen. Dabei soll die inhaltliche Ausgestaltung möglichst bürokratiarm erfolgen,**  
28 **eine langfristige Vermögensbindung ermöglichen und Chancengleichheit zu anderen**  
29 **Rechtsformen herstellen.**

## **Begründung**

Wir treten für Wettbewerb ein und respektieren unterschiedliche Ansätze unternehmerischer Tätigkeit. Die Forderungen aus dem Mittelstand und der Startup-Szene nach einer einfacheren Umsetzung von treuhändischem Eigentumsverständnis nehmen wir ernst. Dem Bedarf einer eigenständigen unternehmerischen Rechtsform für das Verantwortungseigentum wollen wir, wie im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbart, entsprechen.

Für die häufig familiengeführten mittelständischen Unternehmen ist das Verantwortungseigentum angesichts der gravierenden Nachfolgeproblematik von Interesse. Immer weniger Nachfolgen können innerhalb der Familie gelöst werden. Durch eine Bindung des Unternehmensvermögens und der Gewinne nicht an die Gesellschafter, sondern an das Unternehmen und dessen Purpose, kann der treuhänderische Gedanke erhalten bleiben.

Insbesondere auch aus dem Startup Ökosystem kommt der Impuls für neue Modelle unternehmerischen Handelns. Jene Startups, die keinen mittelfristigen Exit anstreben, sondern auf den langfristigen Fortbestand setzen, selbstbestimmt bleiben und eine andere Kultur der Gewinnverwendung verwirklichen wollen, benötigen dafür geeignete rechtliche Gestaltungsoptionen.

Gegenwärtig können diese unternehmerischen Interessen nur mit komplexen, aufwändigen und rechtlich teilweise unsicheren Konstruktionen umgesetzt werden. Dem unternehmerischen Bedarf nach Gestaltungsfreiheit sollten wir Rechnung tragen und eine Rechtsform schaffen, die eine langfristige Vermögensbindung ermöglicht und gleichberechtigt mit anderen Rechtsformen behandelt wird.

Wir treten dafür ein, bei der Konstruktion einer Rechtsform für das Verantwortungseigentum („Gesellschaft mit gebundenem Vermögen“) die langfristige Vermögensbindung verbindlich zu gestalten, die freie Wahl der Rechtsform unabhängig vom Zweck des Unternehmens zu gewährleisten, bei der steuerlichen Behandlung Gleichheit zu anderen Rechtsformen herzustellen und eine bürokratiearme Umsetzung (beispielsweise auch durch Selbstregulierung wie bei den Genossenschaftsverbänden) sicherzustellen.

Wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Fortschritt ist nur durch steten Wandel, durch das Bereitstellen und Beschreiten neuer Wege möglich. All jenen, die mit neuen Modellen diesen Fortschritt befördern wollen, stellen wir uns an die Seite. Die Möglichkeit des Verantwortungseigentums als neue Rechtsform stärkt Unternehmerinnen und Unternehmern in ihrer Flexibilität und Selbstbestimmung. Dieses Mehr an unternehmerischer Freiheit verdient unsere Unterstützung und sollte nicht durch Bürokratie, Komplexität und steuerliche Benachteiligung behindert werden. Gesellschaftliche Verantwortung kann in vielen unterschiedlichen Modellen unternehmerischen Handelns gelebt werden. Die Stärkung von Pluralität und Souveränität macht das Anliegen zu einem liberalen Projekt.